

# Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 7.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Petitzeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 800 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 256.

Dienstag, den 1. November 1921.

25. Jahrgang.

## Besitzsteuern!!

Dr. L. Lübed 1. November.

Ob es von Wirth politisch klug war, den Reichskanzlerposten wieder zu übernehmen? Während der Krise haben wir verschiedentlich darauf hingewiesen, daß es taktisch richtig wäre, denjenigen die Regierung zu überlassen, die es für nötig hielten, das alte Ministerium Wirth zu stürzen; um ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Politik der Ablehnung und der starken Hand tatsächlich zu erproben.

Aus zwei Gründen erwies sich dieser Ausweg als ungangbar. Zuerst war es Oberschlesien selbst, das in schärfster Weise eine möglichst ruhige und baldige Lösung seiner unglücklichen Verhältnisse forderte; und dann waren die sogenannten Kleinparteien in sich selbst so uneinig und unentschlossen, daß ihnen jede positive Arbeitsfähigkeit fehlte.

Es galt also die alte Koalition in irgendwelcher Form neu zusammenzukleibern — für Ebert gab es schließlich nur noch eine Möglichkeit: Wirth mußte wiederkommen.

Und Wirth sprang in die Bresche. Er tat es, obwohl er auf die schamloseste Weise von rechts gefaßt sein mußte. Er tat es, weil er es als seine vaterländische Pflicht ansah, die Regierungskrise zu beenden und die alte Politik der Vertragserfüllung möglichst geradlinig fortzuführen. Ob dieser menschlich so anerkennenwerte Entschluß auch taktisch klug war?

Das wird erst die Zukunft erweisen! Es war dann klug, wenn Wirth damit seine alten Worte wahr zu machen gedenkt, daß der Endkampf zwischen Bürgertum und Arbeitern ihn auf Seiten der Arbeiter sehen wird; d. h. wenn er entschlossen ist, seinen Regierungskurs entschieden links zu steuern, wenn es ihm gelingt, die gesamten Lohn- und Gehaltsempfänger unter seinem Banner zu sammeln und mit ihrer Hilfe die unglaubliche Profithucht des Besitzes zu brechen.

Wirth möge sich über eines klar sein. Kompromisse und Mittelwege sind nun nicht mehr möglich. Das Kapital kennt keine Gnade und kein Entgegenkommen. Seine Parole heißt: Wer nicht für mich ist, der ist gegen mich; den zerschmettere ich. Auch mit Wirth wird es kein Nachsehen geben; es wird ihn rücksichtslos bekämpfen und stürzen, wenn es kann. Dagegen gibt es nur eine Verteidigung: der rücksichtslose Angriff. Kampf muß deshalb die Lösung für Wirth sein. Sammlung der notleidenden Massen zum Angriff gegen das Kapital, das größere Gewinne als je einheimst, und das auf allen möglichen Wegen den Staat um seine Steuern betrügt.

Sollte Wirth zaudern, sollte er versuchen, die Großindustrie zu überreden und umzustimmen zu einem Kompromiß, sollte er gar mit dem Gedanken einer Koalition mit der Stinnespartei spielen, so wird er schneller erledigt sein, als er denkt. Nur dann kann er sich halten, nur dann eine Politik durchführen, wenn die Massen das unbedingte Vertrauen zu ihm haben, daß er ihr Mann ist. Und nur dann war seine Wiederübernahme der Regierung richtig und auch — klug.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind so geworden, daß eine Sammlung der großen Volksmassen ein Leichtes ist. Empfindet es doch jeder als einen Skandal, daß eine kleine Schicht mit der Not des ganzen Volkes schamlos Wucher treibt; sich auf das Angeheuerliche bereichert, während alle Arbeitenden bald nicht mehr wissen, womit sie das Allernötigste bezahlen sollen.

Der allergrößte Skandal aber ist, daß gerade diesen Notleidenden der Hauptteil der Steuerlasten aufgebürdet ist. Jedem Arbeiter, jedem Beamten, jedem Angestellten werden seine 10 Prozent erbarmungslos abgezogen. Die Großverdiener aber, die gewaltigen Hofmänner in Landwirtschaft, Handel und Industrie haben ihre Steuerhinterziehung zu einer Kunst ausgebildet, die das einträglichste Geschäft des Kapitals geworden ist.

Das Volk will endlich Taten sehen. Es will sehen, daß den Wucherern jeden Standes endlich das Handwerk gelegt wird. Und es will Beweise haben, daß auch der Besitz

Steuern abführt. Die Besteuerung der Sachwerte ist das Gebot der Stunde. Es stellt Wirth vor einen Scheideweg. Entweder er geht den Weg der rücksichtslosen und allerhöchsten Besteuerung des wirklichen Besitzes; entweder er schlägt sich rücksichtslos auf die Seite der Arbeit; dann wird das Volk mit ihm gehen. Oder — er sucht den Weg der Verständigung mit dem Kapital, er fällt auf die Schliche der Großindustriellen herein; dann wird er im Abgrund des Mißlingens zerstückelt sein, bevor seinem Mühen der erste Erfolg vergönnt war.

Nur mit dem Volk kann Wirth regieren; denn das Kapital haßt ihn, wie man nur den Todfeind haßt. Ob allerdings der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung bereit sein wird, eine radikale Politik gegen Wucher und Besitz mitzumachen, ist ungewiß. Aber die Massen werden eine solche Politik gutheißen; Reichstagsneuwahlen würden das beweisen. Mit der Parole: Gegen den Wucher — für Besitzsteuern wird der Volksmann Wirth stets eine Mehrheit hinter sich sammeln.

Wirth kann sich auf das Volk verlassen, so lange er seinem oben genannten Worte treu bleibt.

## Der badische Wahlerfolg.

Zweidrittelmehrheit für die Republik.

In unsere gestrige Drahtmeldung über die badischen Wahlen haben sich Uebersichtungsfehler eingeschlichen. Das endgültige, heute vorliegende Resultat ist erheblich günstiger, wie folgende Meldung aus Karlsruhe beweist:

Karlsruhe, 31. Oktober.

Die badischen Landtagswahlen haben bei einer Wahlbeteiligung von 50 bis 80 Prozent der Regierungskoalition einen vollen Erfolg gebracht. Die Sozialdemokratie erhielt 204 591 Stimmen, was gegenüber der letzten Reichstagswahl (190 298 Stimmen) eine Zunahme von 15 000 Stimmen bedeutet. An dieser Stimmenzunahme beteiligten sich Mannheim mit rund 5000, Freiburg und Heidelberg mit rund 10 000 Stimmen. Außer den Sozialdemokraten hatten nur noch die Kommunisten auf Konto der Unabhängigen eine Stimmenzunahme von 14 471 auf 35 378 zu verzeichnen, während sämtliche übrigen Parteien seit der letzten Reichstagswahl einen Stimmenrückgang erlitten. Geradezu vernehmlich wurden die Unabhängigen geschlagen. Durch die Stimmenabnahme von 102 965 auf 27 102 ist der Arbeiterzerspaltung durch die USP. ein vernichtendes Urteil gesprochen worden. Vom gesamtsozialistischen Standpunkt aus ist es freilich sehr zu bedauern, daß infolge dessen die Arbeiterkraft insgesamt sehr geschwächt wird, da Zehntausende von Arbeitwählern, wie das schon häufig beobachtet wurde, durch die Zerspaltung angewidert, überhaupt nicht gewählt haben. Von den bürgerlichen Parteien erhielten das Zentrum 341 655 Stimmen gegenüber 344 027 Stimmen bei der letzten Reichstagswahl, Demokraten 76 167 gegenüber 116 398 Stimmen. Ferner blieben die Hoffnungen der deutschliberalen Volkspartei, die 54 398 Stimmen erhielt, was gegen die letzten Reichstagswahlen eine Abnahme von 10 000 Stimmen bedeutet, unerfüllt. Sehr starke Verluste erlitten die Deutschnationalen, die nur 76 013 gegenüber 113 533 Stimmen bei der letzten Reichstagswahl aufbrachten. Der Verlust der Deutschnationalen, sowie der übrigen bürgerlichen Parteien kam größtenteils dem badischen Landbund zugute, einem neu aufgebauten politischen Gebilde, über dessen politische Parteistellung noch keine völlige Klarheit besteht, wenn es auch verschiedene Abgeordnete in sich faßt, die vorher der deutschnationalen Fraktion angehörten. Immerhin beweisen die für den Landbund abgegebenen 74 730 Stimmen, mögen auch dessen Vertreter teilweise nach rechts neigen, daß die Landbevölkerung zwar sehr stark agrarisch orientiert ist, aber die parteipolitische Mache der Deutschnationalen ablehnt. Weiterhin erhielt noch die Wirtschaftsvereinigung der Haus- und Grundbesitzer 11 725 Stimmen.

Danach verteilen sich die Sitze im badischen Landtage vornehmlich wie folgt:

Zentrum	34 Sitze
Sozialdemokraten	20 Sitze
Demokraten	7 Sitze
Kommunisten	3 Sitze
Unabhängige	2 Sitze
Deutschliberale Volkspartei	5 Sitze
Deutschnationalen	7 Sitze
Landbund	7 Sitze
Wirtschaftsvereinigung	1 Sitz

Der badische Landtag wird also in der Folge 86 Mitglieder zählen, während in ihm bisher 107 Mitglieder saßen.

Wenn auch die Verhältnisse, wie schon nach dem letzten Reichstagswahlergebnis zu erwarten war, sich nicht mehr so einfach gestalteten wie bei der Landtagswahl unmittelbar nach der Revolution, wo den 100 Mitgliedern der Mehrheitsparteien (39 Zentrum, 36 Sozialdemokraten, 25 Demokraten) die Deutschnationalen als einzige Opposition gegenüberstanden, so ist doch die Regierungskoalition absolut geblieben. Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten haben zusammen 61 Sitze, denen 25 Sitze der Oppositionsparteien gegenüberstehen. Die badische Regierung hat somit eine starke Mehrheit hinter sich, ja sogar noch 4 Stimmen über die Zweidrittelmehrheit. Der Ausgang der badischen Wahlen bedeutet somit ein starkes Volksvotum für den Ausbau der demokratischen Republik, wenn wir auch bedauern müssen, daß durch die Arbeiterzerspaltung das Resultat für die Arbeiterklasse speziell nicht besser ausgefallen ist.

## Ein neuer Rückzug Moskaus.

SPD. Berlin, 1. Novbr. (Eig. Drahtber.)

Die Sowjet-Regierung hat den Ententemächten in Form einer Note mitteilen lassen, daß sie jetzt bereit ist, unter gewissen Einschränkungen die Vorkriegsschulden des alten Systems anzuerkennen. Zweitens spricht die wirtschaftlich-politische Lage des Sowjetreiches bei diesem Schritt wesentlich mit. Schon vor einigen Monaten wurden speziell zwischen England und Rußland über die Erstattung der Vorkriegsschulden Verhandlungen geführt, die aber ergebnislos verliefen, da die der russischen Regierung von englischer Seite gemachten Zugeständnisse Rußland zu geringfügig erschienen. Unter dem Druck der Verhältnisse verzichtet Rußland nunmehr selbst auf die ihm gemachten Konzessionen und ist gewillt, große Verpflichtungen einzugehen, um durch die Anerkennung der Vorkriegsschulden lediglich die gleichzeitige Anerkennung der Sowjet-Republik durch die Ententestaaten zu erreichen. Dieser Verzicht beweist, daß es mit Sowjet-Rußland nicht nur stehen muß. Frankreich und England werden sicherlich, sobald sie bestimmte Garantien für die Rückzahlung der ihnen zustehenden Summen in Händen haben, den Sowjet-machthabern den Gefallen tun und die Sowjet-Republik anerkennen; denn sie können aus diesem Verhalten nur Vorteile erzielen, während die Kosten in jeder Hinsicht Rußland bezahlen muß. Auch die von der russischen Regierung geforderten Erleichterungen werden die Ententemächte gerne gewähren, und zwar schon deshalb, weil sie bei der Ablehnung irgendwelcher „Erleichterungen“ Gefahr laufen, daß die Anerkennungsnote rückgängig gemacht wird. Es ist bei der augenblicklichen Finanzlage Rußlands gänzlich ausgeschlossen, daß die sich auf 700 Millionen Sterling belaufenden Vorkriegsschulden in bar ausgezahlt werden. Der Sowjet-Republik wird die Durchführung der Verpflichtungen nur durch weitere Konzessionen an das Auslandskapital möglich sein, das dann auf direktem Wege oder durch die russische Regierung eine Abzahlung vornehmen muß. Wie sich die Dinge im einzelnen noch gestalten werden, ist im Augenblick unüberschaubar, da die Note der Sowjet-Regierung an die Ententemächte lediglich von der Anerkennung der Vorkriegsschulden, die von gewissen Erleichterungen spricht, und zum Schluß den Vorschlag macht, schleunigst eine internationale Konferenz einzuberufen, die sich mit dieser Frage befassen, die Forderungen beider Staaten zu prüfen und einen endgültigen Friedensvertrag ausarbeiten soll.

Wie die Verhandlungen auch ausgehen werden, das eine steht fest, vorausgesetzt natürlich, daß Rußland den ehrlichen Willen besitzt, sich der Vorkriegsschulden zu entledigen, daß dieser Entledigung einen neuen Wirtschaftskurs erfordert, der nie im Interesse des Bolschewismus liegen kann. Der bereits jetzt in Rußland nicht zu unterschätzende Einfluß des Auslandskapitals wird künftig sicherlich Formen annehmen, die eine gewisse Bedrohung der Sowjet-Systeme darstellen und im Ausland den Eindruck fördern werden, daß der Bolschewismus Leninischer Art nicht fähig war, die Wirtschaftsverhältnisse Rußlands zu fördern, sondern es lediglich herabwirtschaften konnte.

## Eine Ententenote in Budapest überreicht.

Mailand, 1. Nov.

Der „Corriere della Sera“ wird aus Budapest gemeldet, daß die kleine Entente trotz des Widerstandes der Alliierten eine Note in Budapest überreicht hat, in der sie die sofortige Abdankung aller Habsburger verlangt. Obwohl sich die Budapest-Regierung sofort bereit erklärt hat, durch eigene Kontrolle dieser Forderung nachzukommen, wird die Lage als verschärft betrachtet.

# Französischer Sozialistenkongress.

Eine Ansprache Ledebours.

Paris, 30. Oktober.

Auf dem Sozialistenkongress hat in der heutigen Vormittagsitzung der Abgeordnete Blum den Bericht der Kammerfraktion vorgetragen, der einstimmige Annahme fand. Die elafah-Isotringischen Delegierten protestierten energisch gegen den Plan, die elafah-Isotringischen Eisenbahnen der französischen Ostbahn anzugliedern. Während der Sitzung erschien als Vertreter der deutschen Unabhängigen Sozialisten der Reichstagsabgeordnete Ledebour. Er wurde vom Präsidenten des Kongresses, Mayeras, lebhaft begrüßt. Der Beifall der Versammlung beim Erscheinen des deutschen Reichstagsabgeordneten wurde vom Präsidenten als ein Zeichen der Entspannung der Geister bezeichnet, um zu einer vollkommenen Verbrüderung der Völker zu gelangen.

In der Nachmittagsitzung kamen die ausländischen Vertreter zu Wort. Für die deutsche Unabhängige Sozialistische Partei sprach Reichstagsabgeordneter Ledebour. Er erklärte, die Wiederherstellung der Internationale ohne Ausschluß irgendeiner sozialistischen Gruppe, sogar mit Einschluß der Kommunisten, die auch Arbeitervertreter seien, sei notwendig. Jedoch erklärte Ledebour es für erforderlich, daß jeder nationalen Partei ihre Unabhängigkeit in Fragen der Taktik belassen werde. Es sei von Wichtigkeit, daß alle ausländischen sozialistischen Parteien, insbesondere die französische, energisch gegen den Militarismus und den Imperialismus ihrer Regierungen vorgehen, damit sie den deutschen Sozialisten ihre Aufgabe im Kampfe gegen den „Chauvinismus, das Allduutschtum und dem Militarismus“ erleichterten. Ledebour sprach in französischer Sprache.

Paris 30. Oktober.

Der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, stellte in seiner Rede fest, daß die Partei zurzeit 68 Gruppen mit 55 000 Mitgliedern umfaßt. Es wurden besonders Klagen laut über die schlechten Fortschritte in der Propaganda. Man erblickt die Ursache hierzu darin, daß bei der Spaltung der Partei die kommunistische Gruppe einen Teil der Parteigeländer an sich nahm. Der Hauptberatergegenüberstand des Kongresses soll die Wählkraft der Partei sein. Vor allem soll festgestellt werden, ob Abmachungen mit den linksstehenden Bürgerlichen oder mit den Kommunisten getroffen werden sollen.

## Zum russischen Friedensangebot.

II. Aus dem Haag, 1. November.

In der Amsterdamer Börse hat die Anerkennung der russischen Staatsschulden einen sehr geringen Eindruck gemacht, da man die Möglichkeit der Wiederherstellung eines geordneten Zustandes als ausgeschlossen betrachtet.

III. Paris, 1. November.

Das Angebot der Sowjetregierung, die russischen Kriegsschulden anzuerkennen, sobald die Sowjetregierung von den Großmächten anerkannt werde, wird von der französischen Presse unabweislich abgelehnt. Die meisten Zeitungen halten die Note Tschitcherins an die britische Regierung lediglich für einen neuen Propagandaveruch.

## Entente und Rechtsverwahrung.

Die Antwort der Völkervereinigung.

Die Antwortnote der Völkervereinigung auf die Note der Deutschen Regierung vom 27. Oktober, die dem deutschen Völkervereinigung in Paris ausgehändigt wurde, hat folgenden Wortlaut: Eure Erzellenz haben durch Ihre Note vom 27. Oktober d. S. mitgeteilt, daß die Deutsche Regierung gemäß der von den Alliierten Mächten am 20. Oktober 1921 getroffenen Entscheidung über die Festlegung der Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien die in dieser Entscheidung vorgesehenen Delegierten, deren Namen ohne Verzug mitgeteilt werden müssen, bezeichnen wird.

Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die Alliierten Mächte von dieser Mitteilung Kenntnis genommen haben, aber sie können nicht zugeben, daß die von ihnen auf Grund des Artikels 88 des Vertrages von Versailles getroffene Entscheidung irgendwie eine Verletzung dieses Vertrages darstellt.

Sodestgelesen betrachten sie den Protest der Deutschen Regierung als unbegründet, null und nichtig. Sie wollen von der Mitteilung, die Ihnen von Ihrer Erzellenz gemacht worden ist, nur die bedingungslose und vorbehaltlose Erklärung der Deutschen Regierung zurückbehalten (retenir), daß sie sich allen Anordnungen der Entscheidung vom 20. Oktober mit den sich daraus ergebenden Folgen fügen wird, wie sie der Friedensvertrag Deutschland auferlegt.

## Die Wahrheit über Ludendorff.

In diesen Tagen erscheint im Verlage von Reimar Hobbing, Berlin ein neues Werk Bethmann-Hollwegs „Betrachtungen zum Weltkrieg“. Wenige Tage zuvor hat Ludendorff gleichfalls ein neues Buch erscheinen lassen, das im Vergleich mit dem edlen Werke des damaligen Kanzlers gestellt, beweist, wie zu einer Zeit, wo man von dem deutschen Volke und dessen Parteien in Wort und Schrift Einigkeit forderte, sich die politische und militärische Leitung grenzenlos anfeindete. Während das neueste Geschichtsbuch des ehemaligen Leiters der Obersten Heeresleitung selbst die persönliche Sacht eines Mannes nach Macht nicht besser kennzeichnen konnte, zeigen die Zeilen Bethmann-Hollwegs, wie das Handeln dieses Mannes einzig und allein darin zielte, dem deutschen Volke das Beste zu geben. Bethmann war nicht unser Mann, aber das was ihm zugehört werden: er erkannte die Gefahren, die in der Leitung eines Ludendorffs lagen und weil er diese Gefahren erkannte, erließ ihm das Gesicht eines Politikers: er wollte geben, weil schon damals Ludendorff, der Militärpolitiker, sich in Anwendung von Mitteln in politischer Hinsicht durchzusetzen wußte. Bethmann schildert den damaligen Kampf zwischen militärischer und politischer Leitung wie folgt:

In dem nun erscheinenden Zeitabschnitt hat die Oberste Heeresleitung zunächst einer tauschlichen Trennung der militärischen und politischen Funktionen vorzuziehen mit der politi-

schen Leitung zusammenarbeiten wollen. Sehr bald aber wandelte General Ludendorff die Verhältnisse. Es gab kaum eine Frage der Politik, in der er für die Oberste Heeresleitung nicht allein die Mitwirkung, sondern auch die Entscheidung verlangte. ... Krieg drängt nach Diktatur, und wenn keine oberste Stelle in voller Freiheit der Entscheidung die an sich unüberwindlichen Reibungen zwischen militärischer und politischer Leitung aufzuheben vermag, werden militärische Präzedenzen nicht ausbleiben. Sehen unsere beiden großen Heerführer ihre Inamovibilität für die Bewirkung des eigenen Willens auch gegen Kaiser und Reichskanzler ein, dann war der Streit von vornherein entschieden. Die Diktatur aber, die General Ludendorff anstrebte, stieß, indem sie den Reichskanzler zum ausführenden Organ seiner eigenen Entschlüsse machen wollte, unsere staatliche Ordnung um.“

Ludendorff geht in seinem neuesten Buche selbst, daß sein Streben nach der unumschränkten Diktatur gerichtet war, bringt aber nicht den Mut auf, auch wie Bethmann-Hollweg festzustellen, daß diese nichtswürdige Sucht nach Macht letzten Endes mitbestimmend war für den unglücklichen Ausgang des Krieges. Bethmann bewußt in weiteren Verlaufe seines Buches, wie intrigant gegen ihn gearbeitet wurde, und wie hinter den parlamentarischen Kulissen in Berlin Mitglieder der Obersten Heeresleitung auf seinen Rücktritt drängten, damit dem Gewaltpolitiker Ludendorff wenigstens das Haupthindernis zur Erlangung der vollkommenen Macht aus dem Wege geschaffen wurde. Selbst die Rücktrittsdrohung Ludendorffs und die zweifellos auch von ihm erzwungene Rücktrittsdrohung Hindenburgs, die in der damaligen Zeit schon aus außenpolitischen Gründen unmöglich gemacht werden mußte, ließen den Kanzler Bethmann-Hollweg stürzen. „Mein Abschied“, — so sagt Bethmann in seiner Schrift — „wurde damit begründet, daß beide Generale mit mir als Kanzler nicht arbeiten könnten. Auf die erstattete Meldung kennzeichnete S. M. in meiner Gegenwart scharf und bitter die unerträgliche Stellung, in die er als Monarch durch dieses Aktum seiner obersten Generale gedrängt werden sollte.“

Der „Vorwärts“ sagt treffend zu dem neuen Werk Bethmanns:

„Bethmanns Buch erteilt diesen Menschen (Ludendorff und Hindenburg), deren Verleumdungen das Deutsche Volk nur allzu geduldig trägt, eine würdige Antwort. Es ist aus dem Grabe heraus eine erschütternde Anklage und eine Mahnung an das Deutsche Volk, nie zu den Zuständen einer Zeit zurückzukehren, denen es die furchtbarste Lehre der Weltgeschichte verdankt. Zum zweitenmale erhebt sich die Stimme eines toten Reichskanzlers aus dem versunkenen Kaiserreiche — Bethmann nach Bismarck — und lehrt uns, festzuhalten an der deutschen Republik.“

## Eine polnische Stimme zur Teilung Oberschlesiens.

Beuthen, 1. November.

„Der polnische Katholik“, der für den Anschluß Oberschlesiens an Polen eingetreten ist, bringt unter dem 27. Oktober eine Zuschrift aus dem deutschbleibenden Teile Oberschlesiens, welche die wirkliche Stimmung der eingeborenen Oberschlesier wiedergibt. In diesem Brief heißt es u. a.: In Wirklichkeit sehen wir klar, daß es während der ganzen Plebiszitarbeit nicht so sehr um unsere Seelen ging als darum, daß wir mit unseren Stimmen für Warkhan die Schornsteine der Gruben, Hütten und Fabriken bestimmten. Das ist traurig und schmerzhaft für uns. Wir alle waren davon überzeugt, daß wir entweder alle zu Polen kommen würden und nicht nur der Löwenanteil des Industriegebiets oder alle ungeteilt blieben. Die Preußen haben uns bis jetzt nicht aufgetrennt und sie würden uns auch fernerehin nicht aufgetrennt haben.

## Die polnisch werdenden Facharbeiter in Oberschlesien.

Kattowitz, 1. November.

„Gazeta Robodnica“ berechnet, wiewiele sachkundige polnische Arbeiter in dem Polen zufallenden Teile Oberschlesiens leben: Im Kreise Kattowitz beträgt die Zahl dieser Arbeiter 63 060, im Beuthener Kreise 52 135, im Königshütter Kreise 17 553, im Kreise Hindenburg 8944, im Rybnider Kreise 29 631, im Kreise Ratibor 602, zusammen 189 522. Die Zahl dieser Arbeiter in dem Deutschland zugefallenen Teil Oberschlesiens beträgt im Kreise Beuthen 20 609, Hindenburg 28 262, Tarnowitz 3286, Gleiwitz 10 027, Ratibor 989, Groß-Strehlitz 9821, Oppeln 728, zusammen 65 829.

## Französische „Berichtigungen“.

Berlin, 1. November.

Der französische Pressedienst in Koblenz gibt ein Nachrichtenblatt heraus: „Zur rein sachlichen Berichtigung der Falsch- und Heilmeldungen über das besetzte Gebiet“. Das ist ein einwandfreies Beginnen, wenn nicht dieses Nachrichtenblatt nun selbst wieder Falschmeldungen in die Welt bringt. Wir finden aber in der Nr. 51 eine Notiz „Polizei und Mobilmachung“, die mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuße steht, so heißt es da:

Die Schutzpolizei, welche heute eine Verhinderung der Reichswehr von gewalttätigen Ansmah darstellt, bildet einen ausgezeichneten Kader für die ganze Mobilmachung. Dem Versailles-Vertrage entsprechend, war beschlossen worden, daß es keine Staatspolizei mehr geben sollte, sondern lediglich eine 150 000 Mann starke Landes- und Ortspolizei. Augenblicklich ist die Polizei 250 000 Mann stark. ... Zu der Polizei von 1913 kommen noch ungefähr 120 000 Mann grüne Polizei, welche dieselbe Kleidung haben wie die Reichswehr und sich nicht von ihr unterscheiden.“

Das Blatt kommt zu der Behauptung, Deutschland habe nicht 150 000 Mann, sondern 400 000 Mann unter Waffen. Wie wir von unbedingt zuverlässiger republikanischer Seite erfahren, sind die Zahlen des französischen Blattes ganz und gar falsch. Die Landes- und Ortspolizei erreicht zur Zeit nicht einmal die Höhe von 150 000 Mann, die der Versailles-Friedensvertrag zugestehet. Alles, was das französische Nachrichtenblatt anderes sagt, ist Phantasie. Auch sonst strotzt die Notiz von Unrichtigkeiten. So, wenn behauptet wird, daß die Bürgermeister aus der Polizeiverwaltung ausgeschlossen seien. Jeder ABC-Schüler der preussischen Verwaltung weiß, daß in allen kreisfreien Städten der Bürgermeister Obmann der Polizei ist, was den verhältnismäßig wenigen Großstädten abgesehen, wo kantabile Polizei vorhanden ist. Wie richtig ist die Notiz des weiteren ist, geht daraus hervor, daß sie eine Polizeiakademie nach „Hannover-Münden“ verlegt, wo keine Polizeiakademie ist und auch nie gewesen ist.

## Verpachtung der Duisburger-Ruhrorter Häfen.

Berlin, 1. November.

Der Abg. Hue hat im „Vorwärts“ an die Reichs- und die preussische Staatsregierung die Frage gerichtet, ob es zuträffe, daß die Verwaltung der Duisburger-Ruhrorter Häfen auf 30 Jahre an eine Hafenbetriebsgesellschaft m. b. H. unter überwiegender Beteiligung des Privatkapitals, insbesondere des Kohlenindustrials und des Kohlenkontors verpachtet werden soll. — Wie uns vom Reichsverkehrsminister nun mitgeteilt wird, steht das Reich einem solchen Plane fern und ist auch an einer Vorbereitung nicht beteiligt.

## Zum Berliner Hotelstreit.

Berlin, 1. November.

Schon 5 Wochen sind in Berlin die größeren Hotels geschlossen. Die Ablehnung gerechter Forderungen der Gastmischgehilfen durch die Hotelbesitzer um, veranlaßte die Arbeitnehmererschaft in den Hotelbetrieben, die Arbeit niederzulegen, ohne daß sich bis heute die Gastwirte bereit erklärt haben, den Forderungen näher zu treten und am Verhandlungstisch eine Einigung herbeizuführen. Nachdem vorläufig die Zeit noch nicht abzuliegen ist, in der Zugeständnisse der Hotelbesitzer zu erwarten sein werden, hat das Ortskartell Groß-Berlin des Ufa-Bundes beschloffen, die Gesamtarbeitermehrschaft Groß-Berlins zur Solidarität für die Gastmischgehilfen aufzurufen. „Die organisierte Arbeitnehmererschaft Groß-Berlins — so heißt es in dem entsprechenden Aufruf — hat sofort in den Lieferungskreis für alle besetzten Betriebe einzutreten, die Saalpörrer ist mit äußerster Genauigkeit in den Betrieben, die nicht bewilligt haben; durchzuführen, ebenso sind dort alle Vergünstigungen abzuwinden. Der Kampf der Gastmischgehilfen ist jetzt der Kampf der Gesamtarbeitermehrschaft Groß-Berlins.“

## Die Vernehmung des Kapitäns vom Sternsdampfer „Kaiser Wilhelm“.

Berlin, 1. November.

Die unter dringendem Schuldverdacht verhafteten Führer des Sternsdampfers „Kaiser Wilhelm“, der Schiffsführer Nischelmann und der Steuermann Goldmann wurden polizeilich vernommen. Kapitän Nischelmann besitzt überhaupt keinen Führerschein. In seiner Entschuldigung führt er an, daß er schon seit langer Zeit nicht mehr abends gefahren sei und zudem schlecht sehe.

## Zweierlei Hochverräter.

Das Reichsgericht hat den verhafteten Kappisten Schiele gegen eine Kaution von 100 000 Mark aus der Haft entlassen. Auch Jagow und Wangenheim sind gegen Kautionen auf freiem Fuße gelassen.

Einen sehr interessanten Parallelfall teilt Rechtsanwält Dr. Graf in der „Freien Presse“, unserem Leipziger Parteiblatt, mit: Der kommunistische Parteisekretär Ewert ist dieser Tage vom Reichsgericht von der „Anklage des Hochverrats“ freigesprochen worden. Das Beweismaterial gegen Ewert war von vornherein ganz unzulänglich. Trotzdem hat Ewert volle 6 Monate in Untersuchungshaft sitzen müssen, nicht einmal seine Angehörigen wurden zum Besuch zugelassen. Am 22. April wurde Ewert verhaftet. Erst am 21. September durfte er nach vielen Bemühungen seines Anwalts einen viertelstündigen Besuch seiner verlobten Braut empfangen, also nach fünf Monaten.

Ein Angebot, Ewert gegen Sicherheitsleistung mit der Untersuchungshaft zu verschonen, ist mit der Begründung abgelehnt worden, daß Ewert eine Sicherheit im ausreichenden Betrag aus eigenen Mitteln nicht zu stellen vermöge, eine von dritter Seite für ihn geleistete Sicherheit aber keine Gewähr gegen einen Fluchtversuch biete.

Jagow, Wangenheim und Schiele haben ihre Kautionen auch nicht aus eigenen Mitteln geleistet, nach der eigenen Erklärung Jagows und Wangenheims sind die bedeutenden Kautionssummen für sie von dritter Seite hinterlegt worden. Trotzdem hat sich bei ihnen das Reichsgericht mit dieser Art der Sicherheitsleistung zufrieden gegeben, und zwar — dies ist der Höhepunkt — derselbe Senat, der Ewerts Entlassung gegen Kaution abgelehnt hat!

In der „M. a. M.“ wird der Fall eines Kemscheidter Kommunisten mitgeteilt, der in den Kapp-Lagen einen Polizeioberwachtmann verwundete, jetzt vor Gericht wegen Mordwehr freigesprochen wurde. Er hat die vollen 17 Monate, die seitdem vergangen sind, in Untersuchungshaft zubringen müssen, während die Urheber der damaligen Wirren auf freiem Fuß belassen werden.

## Zweierlei Justiz.

In Bonn wurden vor einiger Zeit die Arbeiter Mannero, Berth und Jungermann wegen Beschämung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal mit roter Farbe zu Gefängnisstrafen von durchschnittlich zwei Jahren verurteilt. Wie uns der Bund „Neues Vaterland“ mitteilt, ist auf sein Betreiben den Verurteilten ein Teil der Strafe im Wege der bedingten Begnadigung erlassen worden.

In Wien dagegen hat der Oberste Gerichtshof einen Landgerichtsrat, der in einem Gasthaus das Kaiserlied spielen ließ und stehend mitsang, zu einer empfindlichen Disziplinarstrafe verurteilt. In den Gründen ist ausgeführt, daß ein Richter, der in den Diensten der Republik steht, berufen sei, deren gesetzmäßige Verfassung zu schützen und sich daher nicht einmal dem Schein einer Stellungnahme gegen diese Verfassung aussetzen dürfe, weil er dadurch das Vertrauen der Allgemeinheit in seiner Person und in den ganzen Richterstand gefährde.

Das sind vernünftige Worte, die man gern einmal auch aus reichsdeutschem Richtermond hören und von reichsdeutschen Richtern in die Tat umgesetzt wissen möchte.

Wie deutsche Richter „den Schein vermeiden“, gegen die jetzige Staatsform zu wirken, dafür können wir ein klassisches Beispiel anführen: Aus dem großen Sitzungssaal des Leipziger Reichsgerichts ist die Büste Wilhelms II. entfernt worden. Sie hat dafür Aufstellung gefunden im Beratungszimmer des vereinigten 2. und 3. Strafsenats!

## Wasserbruch in einem Kaliberwerk.

Braunschweig, 1. November.

In der Nacht zum Montag ist eine große Wasserader in einem Schacht der Kaliberwerkstatt Hedwigsburg bei Braunschweig eingebrochen. Es besteht große Gefahr, daß der Wasserbruch zu der Stilllegung eines Teiles des Werkes führt und daß hunderte von Arbeitern brotlos werden. Die Ortschaft Reindorf ist vom Wasser überflutet. Mehrere Häuser sind dadurch gefährdet.

# Ungarn und die kleine Entente.

Berlin, 31. Oktober.

Neuerdings wird aus London gemeldet, daß die „ultimative Forderung“ der kleinen Entente an Ungarn von der großen Entente verboten worden ist. Wie wir hierzu aus diplomatischen Kreisen erfahren, trifft diese Mitteilung nicht zu. Zunächst hat die kleine Entente, wie jetzt bekannt wird, überhaupt kein „Ultimatum“ an Ungarn gestellt, sondern lediglich unbefristete Forderungen, von denen die Ententemächte in Kenntnis gesetzt worden sind, in Budapest übermitteln lassen. Weiter hat die große Entente diese Forderungen nicht verboten, sondern es besteht zwischen den in Frage kommenden Mächten ein Streit über die Forderung auf endgültigen Verzicht aller Habsburger auf den ungarischen Königsthron. Sonderbarerweise wendet sich in erster Linie Italien gegen die Durchführung dieser Forderung und erweist somit den Anschein, daß die vor einiger Zeit vermutlich mitgeteilten Vereinbarungen zwischen der jetzigen italienischen Regierung und ungarischen Diplomaten anlässlich der Konferenz in Venedig tatsächlich getroffen wurden. Unter diesen Umständen ist kaum mit einem bewaffneten Einmarsch der kleinen Entente zu rechnen und wie wir hören, besteht auch in Prager Regierungskreisen keine große Neigung, den Forderungen durch Einsatz militärischer Streitkräfte Nachdruck zu verleihen. Bei dem Vorgehen der kleinen Entente sind auch Projekte maßgebend, an die Frankreich lebhaft interessiert ist und bei denen Finanzfragen eine gewisse Rolle spielen. Es ist augenblicklich nicht die Zeit, hierauf näher einzugehen.

Zwar hat der tschechische Ministerpräsident noch in den letzten Tagen geäußert, daß jetzt die Stunde gekommen sei, in der unter allen Umständen mit den Verletzungen des Kaisers Karl und der Habsburger überhaupt ein Ende gemacht werden müsse, aber es scheint doch immer mehr, daß sowohl diesen Worten wie auch der Mobilisation der wirklichen Ernst abgeprochen werden muß. Es ist nicht zu erwarten, daß die kleine Entente gegen den Willen der großen Ententemächte, die zum Teil in Ungarn einmal einen Hort gegen Deutschland und einen Wall gegen den Bolschewismus sehen, handeln wird. Sollte die große Entente in bezug auf den ungarischen Konflikt sich durchsetzen, so ist abermals bewiesen, wie die von den Ententemächten abgeschlossenen Friedensverträge im eigenen Lager in Wirklichkeit gehandhabt und betrachtet werden. Ganz abgesehen von dem finanziellen Hintergedanken, die wenigstens die Tschechoslowakei mit den Forderungen an Ungarn verknüpft, betraf doch das Ansinnen der kleinen Entente im wesentlichen die Durchführung des Friedensvertrages von Trianon, den hauptsächlich Frankreich auch nicht zu achten für notwendig hält, wenn es glaubt, auf diese Art Vorteile zu erlangen. Wir sind darüber nicht überrascht, denn mit dem Versailler Vertrag wird in der gleichen Art verfahren. Auch er gilt nur, wenn man sich von der Durchführung seiner Paragraphen angenehme Ursachen verspricht, wird jedoch „als nicht vorhanden“ — um mit der Botschafterkonferenz zu sprechen — betrachtet, soweit er überhaupt Deutschland zugute kommen könnte.

# Auf der Spur der Auer-Attentäter.

München, 31. Oktober.

Die Münchener Polizei ist den Attentätern, die auf Auer schossen, auf der Spur. Im Laufe des Sonntags sind von der Kriminalpolizei fünf Festnahmen, mit denen sich Hausdurchsuchungen verbunden, erfolgt. Die Festgenommenen werden unverzüglich vernommen. Im Anschluß an das Ergebnis sind weitere Erhebungen im Gange. Festgestellt wurde u. a., daß die Täter die Dunkelheit am Tatort künstlich erhöhten, indem sie die Straßenlaternen auslöschten. Zur Vorbereitung des Attentats hatten sich die Beteiligten am Abend der Tat gegen 10 Uhr in das Gewerkschaftshaus begeben unter dem Vorgeben, sich die Regelbahn mieten zu wollen, und zwar in Begleitung von sechs bis sieben Personen.

# Das gleiche Recht.

Die Arbeiterzeitungen sind wieder einmal voll von Vergleichen zwischen der Schonung, die den kappistischen Rädelsführern seit 18 Monaten zuteil geworden ist und wird, und der letzten Strafe, mit der man angelegentlich kommunistische Hochverräter verfolgt. Leider sind die skandalösen Zustände im Bereich der Rechtsprechung schon alltäglich geworden. Aber steht es auf dem Gebiet der Verwaltung viel besser aus?

Der kommunistische „Klassenkampf“ in Halle ist auf 14 Tage verboten worden, weil er den Staat durch die Worte: „Der Freieste der Welt“ und „Orgeschrepublik“ lächerlich gemacht habe. Aber der berühmte „Miesbacher Anzeiger“ brachte am letzten Freitag einen Leitartikel, indem es heißt:

„Der Wirth schrieb an Ebert, und der Ebert schrieb an Wirth und dann girts wieder umgekehrt. . . Schwindel und Betrug feiern Feste! Nicht nur auf der Börse! Nicht nur im Wirtschaftsleben! Nicht nur in der Parteipolitik! . . . Schwarz und Rot Hand in Hand, verraten sie das Vaterland! Jetzt kann die Komödie wieder von vorn anfangen, das Fastnachtsspiel: Mischel, verred!“

Glücklicherweise gibt es in Bayern keine Hüter der Staatsautorität, die so empfindlich waren, wie der Merseburger deutsche-nationale Regierungspräsident v. Gersdorff. Darum werden in der freiesten Republik der Welt wohl weiter kommunistische Zeitungen wegen landläufiger Phrasen auf 14 Tage verboten werden; aber den Schmutz der Miesbacher Dorfblätter wird man schwerlich zur Ruhe bringen.

# Der stolze Kappist.

Der Kappist Ehrhardt hat einigen Berliner Kappisten-Blättern ein Schreiben aus Innsbruck übermittelt, in dem er mitteilt, daß er gar nicht daran denkt, sich dem Reichsgericht in Leipzig zwecks Vernehmung zur Verfügung zu stellen. Insbesondere denke er deshalb nicht daran, weil die Reichsregierung sich gemüßigt gesehen habe, „auf die Freisetzung der Kapp-Leute eine Geldprämie auszusprechen“ und ihn damit also auf eine Stufe mit Raubmördern, Bankräubern und Verbrechern stelle. In dem gleichen Briefe bespricht sich der Kappist, daß er wie seine Freunde als Wortführer des nationalen Gedankens von den Reichsparteien schmachvoll im Stich gelassen werden, er aber dennoch nicht daran zweifle, daß auch sie, die Kappisten eines Tages wie-

der gebraucht werden. Um so mehr glaubt er daran, daß man ihn gebrauchen werde, weil auch der deutsche Philister und der deutsche Arbeiter allmählich einsehen, wohin uns die Erfüllungspolitik, die Proteste an das Weltgewissen und gar an das internationale Proletariat geführt haben und noch führen werden. Zum Schluß übt sich der genannte Kappist dann noch in politischen Phrasen, die die kappistische Borniertheit treffend kennzeichnen und die beweist, wohin das deutsche Volk geführt worden wäre, wenn die deutsche Arbeitererschaft das Gefindel um Kapp im März 1920 nicht davon abgejagt hätte.

Die kappistische Frechheit ist in Deutschland zur Genüge bekannt, so daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn der Landesverräter Ehrhardt für die ihm und seinen Freunden eigene Freigabe, sich dem Gericht zu stellen, noch große Ausreden findet. Feststellen möchten wir nur, daß Landesverrat und Hochverrat mit Verbrechen identisch sind und der Kappist nicht im Unrecht ist, wenn er sich anlässlich der Kopprämie als mit Verbrechern identisch fühlt. Nachdem somit Ehrhardt öffentlich bekannt gegeben hat, daß er sich zur Vernehmung nicht stellen wird, im übrigen aber auch das Reichsgericht die Zuficherung des freien Geleits aufgehoben hat, erwarten wir, daß der Prozeß gegen die Kappisten speziell gegen Jagow bald beginnt. Oder sollte man noch warten, bis auch der Verbrecher Jagow sich von dannen gemacht hat?

# Neuregelung der Beamtenbesoldung.

Ueber die Frage des Neuaufbaues des Besoldungswesens und die wegen der weiter eingetretenen Teuerung für die Beamten zu treffenden Maßnahmen haben die seit mehreren Tagen geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Reichsregierung und den Beauftragten der Spitzenorganisationen zu einer Verständigung geführt. Wenn auch die Wünsche der Beamtenorganisationen nicht restlos erfüllt werden konnten, wurde doch eine Erhöhung der Grundgehälter zugesprochen, die sich als notwendig erwiesen hat, weil sonst die wandelbaren Teuerungszuschläge in ein zu trübes Mißverhältnis zu den fester pensionierten Bezügen gekommen wären. Auch der Orts- und der Kinderzuschlag sollen wesentlich erhöht werden. Dagegen kann der Teuerungszuschlag wieder in ein gesundes Verhältnis zu den Grundbezügen gebracht werden; es ist ein Satz von zwanzig Prozent vorgesehen. Der durch diese Maßnahmen erwachsende Mehraufwand ist ein erheblicher, aber wegen der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse unvermeidlich. Der Beamtenstand des Reiches und der Länder wird durch die vereinbarten Verbesserungen, die mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 gewährt werden sollen, eine wesentliche Hilfe in ihrer derzeitigen Notlage zuteil. Alle beteiligten Faktoren sind sich darüber einig, daß die Mehraufwendungen an die Beamtenchaft mit größter Beschleunigung anzusetzen werden sollen. Die Reichsregierung wird die Gesetzesvorlage den getragenen Körperschaften ungesäumt unterbreiten. Ueber die für die Unangestellten und Arbeiter vorzunehmenden Verbesserungen wird unverzüglich im Anschluß an die Beamtenverhandlungen verhandelt werden.

Die neuen Sätze sind folgende:

Gruppe 1	7 500 bis 11 000
„ 2	10 000 „ 13 000
„ 3	11 500 „ 15 000
„ 4	12 500 „ 16 000
„ 5	13 500 „ 17 000
„ 6	14 500 „ 19 500
„ 7	16 000 „ 22 500
„ 8	18 000 „ 26 000
„ 9	21 000 „ 31 000
„ 10	25 000 „ 37 000
„ 11	30 000 „ 44 000
„ 12	38 000 „ 57 000
„ 13	53 000 „ 80 000

Der Ortszuschlag ist entsprechend erhöht. Kinderzulagen werden gewährt monatlich 150, 200, 250 Mark. Der Teuerungszuschlag ist einheitlich für alle Sätze und Ortsklassen auf 20 Prozent festgesetzt. Die Diätäre erhalten 95 bis 100 Prozent der Bezüge ihrer Angestelltengruppe.

# Kasernenhof-Erfolge.

Von Erich Ruttner, M. d. L.

Wer die beiden Sitzungen miterlebt hat, in denen der preussische Untersuchungsausschuß die schweren Ausschreitungen der Schutzpolizei während der letzten Märzunruhen feststellte, der schauderte unwillkürlich zusammen und fragte: „Wie ist das möglich?“ Gewiß kann es bei einem Aufstand nicht zugehen wie in einer Tanzstunde: das weiß jeder, der solche Dinge einmal aus der Nähe gesehen hat. Gewiß haben auch manche von den Aufständigen, namentlich die Hölzbanden, sich scheußliche Uebergriffe zuschulden kommen lassen. Dafür ist auch jeder einzelne dieser Gefellen, dessen man habhaft wurde, schwer bestraft worden. Aber staatliche Schutzpolizei ist und bleibt staatliche Schutzpolizei, die ihre Befugnisse kennen und bei aller Erregung auf dem Boden des Gesetzes bleiben muß.

Wohin sollten wir sonst kommen? Wir erinnern an einen vorbildlichen Fall, der die Kriminalpolizei betrifft. Vor etwa einem Jahre wurden zwei der berüchtigsten Schwerverbrecher Deutschlands, die Brüder Strauß, von der Kriminalpolizei verhaftet. Die dabei tätigen Kriminalbeamten hatten sicher alle Ursache, über die beiden Strauß erregt zu sein, hatten die Verbrecher doch einige Wochen zuvor bei einem mißglückten Festnahmeversuch einen Wachtmeister der Kriminalpolizei erschossen. Trotzdem haben die Kriminalpolizisten den beiden Strauß kein Haar gekrümmt, im Gegenteil: der ältere Strauß hat noch vor Gericht dem Beamten, der ihn abgeführt hatte, für seine Menschlichkeit gedankt. Die beiden Strauß wurden schwer verurteilt, sie verbüßen heute ihre Zuchthausstrafe, aber niemand hat sie gefesselt geschlagen oder gepeinigt.

So muß es in einem geordneten Staatswesen zugehen. Aber nicht so, daß Polizei, die Aufständische verhaftet, an diesen zunächst ihr Mütchen küßt. Es darf nicht sein, wie in Schraplau und Bischofsrode, wo sechs, sieben Gefangene zurzerhand an die Wand gestellt und niedergeknallt wurden, ohne daß auch nur das geringste Verhör, die geringste Untersuchung vorausgegangen wäre. Auch Aufständischen gegenüber, die gefesselt haben, ist solche Handlungsweise unbedingt rechtswidrig, aber ihre Verwerflichkeit wird dadurch gesteigert, daß bei solchem summarischen Verfahren — oder richtiger Nichtverfahren — auch unbillich Unschuldige zu Tode kommen.

Noch Abscheulicheres ist in Leuna geschehen, wo die Gefangenen nicht nur in zahlreichen Fällen erschossen, sondern auch verhöhnt und gefoltert worden sind. Ein Folterknecht vom Schlage des Oberwachmeisters Heim, der früh und spät mit dem Gummiknüppel müet und sadistische Maßregeln gegen die Gefangenen erfindet (wie das Verbot auszutreten), ist keine Einzelercheinung, wenn man erfährt, daß einzelne Gefangene sich auf Befehl selber haben erschießen müssen, daß anderen mit dem Gewehrkolben der Schädel eingeschlagen wurde, daß wieder andere abteilungsweise auf den Zehenstippen hüpfen, auf dem Bauche kriechen und dazu „patriotische“ Lieder singen mußten.

Aber zurück zu der Frage: Wie ist das möglich? Es hat beileibe nicht die ganze Schutzpolizei in dieser Weise gemüet, sondern nur solche Abteilungen haben durch Rohheit geblänzt, deren Erziehung man unbekümmert Offizieren des alten Schlages überlassen hat. Wo sozialistische Polizeipräsidenten oder Zivilkommissare sich Einfluß auf den Geist der Truppe verschafft haben, da sind die Klagen über Rohheiten viel geringer gewesen. Ja, Zeugen, die selbst schwer mißhandelt worden waren, haben die Menschlichkeit der Berliner und Magdeburger Polizeitruppe gelobt. Diese Polizeitruppen waren dafür auch dem Ausschluß von reaktionären Verwaltungsbeamten als „minderwertig“ bezeichnet worden.

Aber dort, wo der reaktionäre Offizier allein das Heft in Händen hatte, wie bei der Düsseldorf Schups des Grafen Koninsky, da ist der Kasernenhofgeist mit all seinen moralisch verwerlichen und verheerenden Folgen eingezogen. Nach außen hin war das Detachement die „wohlgeordnete“ Mustertruppe, nach innen der geschuhriegelte und gedüllte Söldnerhaufen, dessen Einzelwesen unter diesem Anstanzsystem jede Menschlichkeit verlernt haben. Sie wissen nur, daß sie täglich auf dem Kasernenhof Demütigungen und Brutalitäten einstecken müssen, ohne sich wehren zu dürfen. An den Vorgesetzten können sie keine Rache nehmen. Da nehmen sie ihre Rache an wehrlosen Gefangenen, die sie ebenso und schümmer behandeln, als sie es selbst erfahren haben. Das altpreussische System setzt sich durch: Wer von oben einen Tritt bekommen hat, darf ihn nicht nach oben erwidern, wohl aber zu seiner Erleichterung nach unten weitergeben. Im Grunde selbst bemitleidenswerte Menschen, die sich so Erleichterung verschaffen müssen!

Der Offizier aber steht lachend daneben und läßt die Leute gewähren. Mögen sie hauen, schießen, stechen! Je mehr sie auf die Spatastifen einschlagen, je mehr sie ihr Mütchen an diesen kühlen, desto mehr vergessen sie ihren Groll auf das Kasernenhoffsystem. Nachher wird ihnen zum Bewußtsein kommen, daß sie sich schwer strafbar gemacht haben! Um so besser. Das Gefühl gemeinschaftlicher Schuld wird unter ihnen die Verbrecherföderation schaffen. Jeder weiß, daß der andere ihn ins Gefängnis oder Zuchthaus bringen kann. Also geheime Abrede: Wer etwas verrät, geht um die Ecke. Wie es in der Hundertschaft z. B. dem Wachtmeister Buchholz geschah. So wächst in der Polizeitruppe mit jedem Verbrechen der „gute“ Geist der „Kameradschaft“. Er hält dicht gegen Staatsanwalt und Gerichtshof, zeugt damit neue Verträge gegen das Gesetz und noch engere „Kameradschaft“. Unter den Führern, der die Verträge jedes einzelnen kennt, kuschelt man ängstlich, denn er hat das Schicksal eines Jeden in der Hand. Und so entsteht die „wohlgeordnete“ Mustertruppe, die im stumpfsinnigen Drill unerreicht, bei der Bestätigung am besten abschneidet.

Ob aber auch als Polizeitruppe? Als Hüterin von Gesetz und Ordnung? Mitteldeutschland ist eine bittere Lehre für die Republik. Sie zeigt, wie der Kasernenhofgeist trägt, wie er hinter glänzender Fassade Rohheit und Gesetzlosigkeit, ja schlimmste Verletzung des Menschen birgt. Wenn man eine wirkliche Polizei schaffen will, entferne man zunächst die alten Kasernenhof-Offiziere, beseitige man restlos das altpreussische System, das durch Drill zur Verrohung führt!

# Volkswirtschaft.

## Kartoffelnotierung.

Hamburg, 31. Oktober.  
Die bei der Handelskammer bestehende Notierungskommission hat am 31. Oktober folgende Notierung festgestellt:  
Preise für Speisekartoffeln, handelsübliche Ware, wie sie vom Großhandel an den Erzeuger ab Station bezahlt werden, wozu Fracht, Kommission usw. hinzukommt: Speisekartoffeln, weiße 79—80, rote 65—75, gelbe 83—90 Mt. per 50 Kg.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 1. November.  
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		31. Okt.	29. Okt.
Amsterdam	100 fl.	6193.80	6038.65
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1288.70	1285.70
Kristiania	100 Kr.	2427.65	2352.60
Kopenhagen	100 Kr.	3456.50	3406.65
Stockholm	100 Kr.	4145.35	4085.90
Helsingfors	100 Finn. Mk.	294.70	279.70
Rom	100 Lire	726.75	694.80
London	1 £	711.25	699.80
New York	1 Doll.	180.31	177.57
Paris	100 Frs.	1318.65	1288.70
Zürich	100 Frs.	3316.65	3246.75
Madrid	100 Pesetas	2402.55	2322.65
Wien	100 K.	7.88	7.98
Budapest	100 K.	22.87	23.22
Prag	100 K.	163.80	171.80

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit Tage	Stk.
Angekommen am 31. Oktober.						
D.		Otto Jppan 25	Uice	Bismar	6	
S.		Marie	Hansen	Mittelfarth	1/2	
Angekommen am 1. November.						
D.		Maria	Granit	Helsingfors	8	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikaat Lübeck und Feuileton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

No 2

**Urbin**  
Beste  
Schuh-Putz

**Urbin**  
Problem

Stetig dankend für die vielen Aufträge, die ich durch den Urbin Schuhputz erhalten habe, und die ich auch weiterhin erhalten möchte, danke ich Sie herzlich für die Unterstützung, die Sie mir durch den Urbin Schuhputz bewiesen haben.

Urbin Schuhputz, Lüneburger Str. 10, Lüneburg.

**Industrie! Schiffahrt! Handwerk!**

Gabe mich in meiner Vaterstadt

**Lübeck**

mit dem heutigen Tage unter meinem eigenen Namen selbstständig gemacht und die

**General-Vertretungen und Vertretungen**

allererster Firmen für Lübeck und Umgeg. bis inkl. Wismar, Schwärin, Gagenom, Büchen, Oldesloe, Neumünster, Breese, Lüttenburg und die Insel Fehmarn übernommen und unterhalte ich am hiesigen Plage größte Lager in

**Freibriemen.**  
**Riemenscheiben** aus Gußeisen u. Holz.  
techn. **Oelen u. Fetten.**  
**Packungen** aller Art,  
sämtl. **Isoliermaterialien.**  
**Schläuchen** usw.

Es wird mein eifriges Bestreben sein, allen Wünschen meiner verehrten Kunden nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, und bitte ich um gütige Unterstützung meines jungen Unternehmens.

**Lübeck. Alfred Förster.**  
Hafenburger Allee 20 c. Ingenieur.  
(3 Min. vom Bahnhof). Techn. Bedarfsartikel.  
Fernruf - 2597 - Fernruf. (8467)

**Ausgabe von Gutscheinen zum Bezuge von Kartoffeln und Feuerung.**

Das Wohlfahrtsamt ist in der Lage, an einzelne Gruppen der minderbemittelten Bevölkerung Kartoffeln und Feuerung zu billigen Preisen abzugeben. In Kartoffeln steht zunächst nur ein beschränkter Vorrat zur Verfügung, es können daher nur Personen berücksichtigt werden, die sich für ihren Winterbedarf bisher noch nicht eingedeckt haben und keine Kartoffeln von eigenem Land ernten.

- Die Ausgabe erfolgt zunächst an:
  - Schwerkriegsbeschädigte, die für Angehörige zu sorgen haben und deren Einkommen wesentlich hinter dem Durchschnittsverdienst zurückbleibt.
  - Kriegshinterbliebene, die außer ihrer Rente kein Einkommen haben oder sich sonst in besonders bedürftiger Lage befinden.
  - Kinderreiche Familien, d. h. mit mindestens 4 unterhaltsbedürftigen Kindern, die durch Krankheit oder sonstige Umstände in besondere Not geraten sind.
  - Die bei der produktiven Arbeitsfürsorge beschäftigten Personen, soweit sie für Familie zu sorgen haben.
  - Langfristige Erwerbstätige, soweit sie für Familie zu sorgen haben.
  - Empfänger von Renten aus der sozialen Versicherung und Kleinrentner, die einen eigenen Haushalt haben, erwerbsunfähig sind, ein Jahreseinkommen unter Mk 3000,- haben und keine Armenunterstützung beziehen.
  - Witwe, die sich in bedürftiger Lage befinden, eigenen Haushalt haben und keine Armenunterstützung beziehen.
- Jede empfangsberechtigte Person kann erhalten
  - einen Zentner rote Kartoffeln zum Preise von Mk. 40,-, jedoch nicht mehr als 3 Zentner für eine Familie, bis zu 10 Zentner Feuerung: Hartkohl zum Preise von Mk. 28.50 für den Zentner, Braunkohl zum Preise von Mk. 18.50 für den Zentner.
  - für Lieferung ins Haus ist Mk. 1,- für den Zentner mehr zu zahlen.
- Die Ausgabe der Bezugsausweise für Feuerung und Kartoffeln geschieht nur gegen Vorkasse

im Wohlfahrtsamt, Untertrabe 104.

für die unter

- genannten Personen (Schwerkriegsbeschädigte) in Zimmer 13,
- genannten Personen (Kriegshinterbliebene) in Zimmer 47,
- genannten Personen (Kinderreiche Familien) in Zimmer 38,
- genannten Personen (Rentenempfänger und Kleinrentner) in Zimmer 5,
- genannten Personen (Witwe) in Zimmer 5.

Im Arbeitsamt, Untertrabe 106.

für die unter

- genannten Personen (bei der produktiven Arbeitsfürsorge Beschäftigte) in Zimmer Nr. 3,
- genannten Personen, (langfristige Erwerbstätige) in Zimmer 5,

und zwar Personen deren Familienname beginnt mit den Buchstaben:

A, C, D, E	am Mittwoch, d. 2. Novbr.
B, F, G	Donnerstag, 3.
H, J	Freitag, 4.
K, L	Montag, 7.
M, N	Dienstag, 8.
O, P, Q, R	Mittwoch, 9.
S	Donnerstag, 10.
T, U, V, W, X, Y, Z	Freitag, 11.
in der Zeit von 3 bis 4 1/2 Uhr nachmittags.	Montag, 14.

4. Vorzulegen ist von allen Antragstellern: Der Lebensmittelausweis, ferner, soweit vorhanden, Papiere über Rentenbezug (Rentenbescheid, Stammlistennummer oder dergl.) und, soweit vorhanden, ein Nachweis über das Einkommen (Einkommensteuerzettel, Steuerkarte, Bescheid, daß in früheren Jahren keine Einkommensteuer gezahlt wurde.)

5. Beziehung erfolgt bei Abgabe der Bezugsausweise; Geld ist deshalb abgezahlt mitzubringen. (Preise siehe unter 2).

Lübeck, den 1. November 1921. 8452

**Das Wohlfahrtsamt.**

Mit dem heutigen Tage eröffne ich in meinem Hause

Mühlentstraße 30/32 Kapitelstr. 2/2 a

**eine fachmännische Spezial-Reparatur-Werkstatt und Handlung**

von Feuerbrandöfen u. Einfügen, irischen und amerikanischen System, Hotel- und Haushaltungsheerden, Gruben, Gasöfen usw.

Durch meine 20jährige Tätigkeit als Werkmeister in dieser Branche glaube ich genügend Gewähr zu bieten für gute solide Arbeit und Lieferung.

Ein geehrtes Publikum Lübecks und Umgegend bitte ich daher, mein junges Unternehmen geneigtest zu unterstützen. Ich werde bestrebt sein, die mir übertragenen Arbeiten und Lieferungen in sauberster Ausführung zu den billigsten Tagespreisen schnellstens zu erledigen. (8483)

Hochachtungsvoll

**Wilhelm Dresden,**  
früher bei der Firma Adolf Borgfeldt.

Kontor, Ausstellungsraum und Werkstatt  
Kapitelstraße 2/2 a.  
Telephon Nr. 1614.

**Pelzgarnituren**  
werden modern billig aufgearbeitet. (8471)

**D. Wagner, Holstenstraße 8.**

**Kaufen Sie jetzt!**  
Noch wirklich preiswerte Angebote

Ein Posten (8488)  
**starke Arbeitsstiefel 145.-**  
Ein Posten  
**starke Arbeitsstiefel 155.-**

Elegante Damenstiefel 195.-  
Elegante Halbschuhe 110.- 175.-  
Eleg. Herrenstiefel 175.- 245.-  
Elegante Hausschuhe, Pantoffeln.

Ein Post. Damenmantel  
Damenmäntel 125.- 250.- 450.-  
Kostüme 145.- 275.- 650.-  
Kost. 25, 68, 95, Steifen 39, 75, 98.  
1. Posten Herrenanzüge 295.-  
do. Hüter, Paletots 375.- 425.-  
Lodenjoppen von 135.- an  
Starke Arbeitschößen von 78.- an  
Sammmantel 445.-  
1. Posten Lodenmäntel 175.-

**Ehlers & Reetwisch**  
Holstenstr. 1 St. Petri 2 u. 4.  
Das bekannt realle Einkaufshaus für Arbeiter aus jedem Beruf.

**Gegen Wanzen, Flöhe und Läuse**  
Nimm Riccola auf der Waise:  
Augenblicklich wird gesund  
Hier u. Reich u. Kay u. Gumb.

1/2 Stunde vernichten Garantie Kopf-, Filz- und Sie unter Garanti Kopf-, Kleider- sow. Blut (Nuss) Wanzen, Flöhe, h. Mensch u. Tier „Riccola“, g. gesch. Mitt. Wund. unsch. Verk. nur: Heier, Wiese, Aegidienstr. 4.  
Preis 5 und 7.50 Mk. (8469)

**100 Mk. Belohnung!** (8470)  
erschaffen Sie, wenn Sie beweisen, daß Ihre Untersuchungen, Wachen, Leberflecke und Hauterkrankungen nach Anwendung ohne Schneiden u. Etreden durch das **Universalmittel „Laka“** nicht verschwand, sind: Allenverkauft: Heier, Heier, Wiese, Aegidienstr. 4.  
Anschneiden: Keigige erweist nicht ist.

**Achtung! Zimmerer!**  
Schwarze-Rensfeld.

**Versammlung**  
am Mittwoch, dem 2. Novbr.  
abends 8 Uhr  
im Gasthof „Transvaal“.  
8490) Der Obmann.

**Konzert Haus Lübeck.**  
Für die Winter-Saison sind meine Säle und Klubzimmer noch einige Sonn- u. Wochentage frei.  
Heinz Cyriacks.  
Tel. 408. (8450)

**Kaufe** gebrauchte Herren- und Damen uhr. in Nickel u. Silber, auch nicht gehend.  
**Zipper**  
8473) Deponen 43.

Nach mehrjähriger Tätigkeit im Allgemeinen Krankenhaus St. Georg in Hamburg habe ich mich hier als **prakt. Arzt** niedergelassen. (8457)  
**Dr. med. Luth, Sandstr. 16 L.**  
Sprechst. von 8-10, nachm. 3-4.  
Fernruf 394.

**Kolosseum Ball**  
Jeden Mittwoch und Sonnabend  
Abend 8 1/2 Uhr.  
Heinrich Ode.  
(8451)

**Weißer Engel.**  
Sonnabend, den 3. November: (8487)

**II. Familienball.**

**Trocadero**  
ab heute abend täglich 8 Uhr  
Sonnabend

**Zur gefl. Beachtung!**  
Mit dem heutigen Tage übernehme ich meine  
**Drogen- und Farben-Handlung**  
in der  
**Marlstraße 21c.**  
Durch 17jährige Tätigkeit in den ersten Häusern Lübecks glaube ich befähigt zu sein, allen Ansprüchen meiner Kundenschaft Genüge zu leisten. Ich bitte um wohlwollende Unterstützung und zeichne  
Hochachtungsvoll ergebenst  
**Hans Hornmann.**

**Henko**  
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda  
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz  
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Lübeck.  
Mittwoch, den 2. November, abends 7 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus.

Lageordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal.  
2. Wahl von Delegierten zur Bezirkskonferenz.  
3. Bewilligung von Geldern.  
4. Verschiedenes.

Das Erscheinen der Kollegen ist dringend erforderlich.  
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.  
Die Ortsverwaltung.  
8492)

**Deutscher Bauarbeiterverband.**  
**Achtung!**  
Pollere u. Schachtmeister,  
die regelmäßige Monatsversammlung findet um ständehalber nicht am Mittwoch, sondern am Freitag, d. 4. Novbr., abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus statt.  
Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Gruppenmitglieder dringende erforderlich.  
8477) Der Vorstand.

**Chorverein Lübeck.**  
Freitag, den 4. Novbr., abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.  
Lageordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal.  
2. Weihnachtsfest.  
3. Maskenball resp. Wahl eines Komitees.  
4. Innere Vereinsangelegenheiten.  
Das Erscheinen ist dringend notwendig.  
8464) Der Vorstand.

**Hansatheater**  
Heute, Diensta 7 1/2 Uhr.  
3. Vorst. im Dienst-Ab.  
**Der Vetter aus Dingsda.**  
Mittwoch u. Donnerstag zum 14. und 15. Male  
**Ihre Hoheit - die Tänzerin**  
Freitag, den 4. Novbr.  
**Der selbige Balduin.**  
Schwankoperette in 3 Akten v. Walter Kollo.

**Stadttheater Lübeck**  
Dienst, 1. Nov. 7 Uhr.  
**Brand.** (8468)  
12. Ab. Vorst. Wäst. D.  
Mittw., 2. Nov. 6.30 Uhr.  
**Die Walfire.**  
12. Ab. Vorst. Wäst. D.  
Donnerst., 3. Nov. 7.30 Uhr.  
**Pötsch u. Perimant.**  
12. Ab. Vorst. Wäst. D.  
Freitag, 4. Nov. 7.30 Uhr.  
**Margarete (Frank).**  
12. Ab. Vorst. Wäst. D.



Ein Deutschvölkischer ist beleidigt.

Die Lübeckischen Anzeigen bringen folgenden Gerichtsbericht: In der Schöffengerichtsverhandlung am Sonnabend...

Bei Herrn Dr. Hofmeister handelt es sich um denselben Jugendbildner, der bei den letzten Reichstagswahlen mit den Deutschmonarchisten...

Schwurgericht.

Wegen Lotterlagasversuchs wurde am Montag gegen den 52jährigen Hausdiener Heinz verhandelt. Er wird beschuldigt, am Abend des 25. August d. J. mit einem Revolver...

Revision gegen ein Schwurgerichtsurteil. Wie wir hören, ist gegen das freisprechende Urteil des früheren Oberleitnants...

Bürgerchaftswahl. In dem am 15. Oktober d. J. veröffentlichten Verzeichnis der Wahlberechtigten und Wahlräume für die am 13. d. Mts. abzuholdende Bürgerchaftswahl sind außer...

In der Mitteilung über die Flugblattverteilung teilt uns Herr Schlachtermeister Hartz folgende Mitteilungen mit: Es lag sowohl mit als ohne...

Abgabe von Koks und Kartoffeln an Minderbemittelte. Das Wohlfahrtsamt ist in der Lage, Kartoffeln, Koks und Briketts an einzelne Gruppen der minderbemittelten Bevölkerung...

Sturmwarnung. Westliche Ostsee: Tiefausläufer Mittelnorwegen, schnell, Nordwärts vordringend, Gefahr stark aufrichtender westlicher Winde.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Eine öffentliche Prüfung von aktiven Mitgliedern der Arbeiter-Samariter-Kolonie fand am Sonntag vormittag in der Hauptturnhalle statt.

Sein Vorwerk, das als wohltätige Anstalt seit länger als 15 Jahren in Lübeck seine Aufgaben an Geistesschwachen erfüllt, bittet dringend, seiner in dieser schweren Zeit zu gedenken.

pb. Festgenommen wurde ein Steuermann aus Zwielenfleth, der einem Bekannten einen Kleiderack mit Kleidungsstücken und einen barren Geldbetrag gestohlen hatte.

pb. Gestohlen wurde im Schalteraum des hiesigen Hauptpostamtes einem Reisenden ein Dufertoffer, enthaltend Schokolade- und Konfitürenmuller, als er den Koffer kurze Zeit unbesichtigt im Schalteraum hatte stehen lassen.

pb. Wem gehört die Tischdecke? Im Besitz eines wegen Beschuldigung festgenommenen stud. ing. wurde eine grüne Tuchdecke mit aufgelegtem Nadelmuster und weißem Futter vorgefunden...

Verein Arbeiterjugend.

Monatsprogramm für November.

Abteilung Stadt, Heim Johannisstr. 67. Mittwoch, 2. Vortrag: 'Gute Literatur'. Dr. Biehl. Freitag, 4. Reigenabend. Sonntag, 6. Besuch der Radeburger Jugend. Mittwoch, 9. Revolutionsfeier. Freitag, 11. Diskussionsabend. Sonntag, 13. Schneeschuh nach dem Kiebusch ab 2 Uhr Markt. Freitag, 18. Reigenabend. Sonntag, 20. Museumsbesichtigung, abends Tisch- und Brettspiele. Mittwoch, 23. Vortrag: 'Lübische Geschichte', Lehrer Barthe. Freitag, 25. Dichtabend. Sonntag, 27. morgens 8 Uhr und nachm. 2 1/2 Uhr Wanderung nach den Weidenriedungen, abends Fragekastenbeantworten. Mittwoch, 30. Vortrag: 'Gefahren der Großstadt'.

Abteilung Holtenauer Nord, Heim Dorstzeit. Mittwoch, 2. Vortrag für Funktionäre. Freitag, 4. Volkstänze. Sonntag, 6. Monatsbesprechung. Mittwoch, 9. Vortrag: 'Karl Högers Werke', Gen. Lef. Freitag, 11. Niederabend. Sonntag, 13. Unterhaltungsabend. Mittwoch, 16. Vortrag: 'Die Gewerkschaften', Gen. Dreger. Freitag, 18. Gymnastische Übungen. Sonntag, 20. Tisch- und Brettspiele. Mittwoch, 23. Vortrag: 'Lehrung und Wirtschaftsordnung', Gen. John. Freitag, 25. Reitationsabend. Sonntag, 27. Gesellschaftsversammlung im Heim. Mittwoch, 30. Vortrag: 'Was zeigt uns die Entwicklung des Sozialismus?', Gen. Scholz. Wanderungen werden acht Tage vorher bekannt gemacht.

Abteilung Markt, Heim Heinrichstraße. Mittwoch, 2. Diskussionsabend. Sonntag, 6. Ballspiele. Gesellschaftsversammlung im Heim. Mittwoch, 9. Vortrag. Freitag, 11. Monatsbesprechung. Sonntag, 13. Wanderung nach Vorwerk, Volkstanzabend. Mittwoch, 16. Ballspiele. Freitag, 18. Funktionärsversammlung. Sonntag, 20. Streifzug durchs Lauerholz; Bunter Abend. Mittwoch, 23. Vortrag: 'Demokratie und Diktatur', Gen. Geißler. Freitag, 25. Wandertour. Sonntag, 27. Besuch des Landheims; Brettspiele. Mittwoch, 30. Spiel und Reigenabend.

Abteilung Holtenauer Süd, Heim am Bahnh. Mittwoch, 2. Vortrag: 'Die Demagogenerfolgungen', Gen. Friedrich. Sonntag, 6. Wanderung nach Radeburg. Mittwoch, 9. Revolutionsfeier. Sonntag, 13. Besuch des Landheims; Monatsbesprechung. Mittwoch, 16. Ballspiele von 9-11 Uhr morgens; nachmittags Schneeschuh nach dem Lauerholz. Niederabend. Sonntag, 20. Eternabend. Mittwoch, 23. Vortrag. Sonntag, 27. Tagesswanderung nach Gieselerode, ab 7 Uhr morgens, Tisch- und Brettspiele. Mittwoch, 30. Vortrag: 'Die geistige und körperliche Weiterbildung der Jugend', Gen. Steinberg.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck. 14. Dürst. Landgebiet, heute Dienstag, den 1. November, 7 1/2 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftshaus. Erscheinen Pflicht.

Stadttheater. Dienstag erste Wiederholung von 'Johens Brand'. Mittwoch 'Die Kalküre'. Am Donnerstag die erfolgreiche Komödie 'Potash und Perlmutter'.

Gausa-Theater. Mittwoch und Donnerstag: 'Ihre Höhe die Tängerin'. Freitag: 'Der seltsame Balduin'. Für Montag, den 7. November...

Kronsförde. Eine öffentliche Versammlung hatte die arbeitende Bevölkerung von Kronsförde und Umgegend am Sonnabend zusammengeführt. Genosse Dr. Reber - Lübeck referierte über die wirtschaftliche und politische Lage des Proletariats...

Lauenburg. Eine öffentliche Volksversammlung fand am 29. Oktober im Kolosseum statt, in der Genosse Dreger - Lübeck über die bevorstehende Bürgerchaftswahl referierte. In 1 1/2 stündiger Rede beleuchtete Dreger eingehend die politische Lage...

Angrenzende Gebiete.

Stockelsdorf. Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins findet heute Dienstag, den 1. November statt. Genossen und Genossinnen! Wir stehen kurz vor der Wahl...

Hamburg. Opfer des Sturmes. Der Hamburger Seeschleppdampfer 'Roland', der am 22. Oktober von Cuxhaven nach Hull abging, ist in schwerem Sturm verloren gegangen. Außer der aus 11 Mann bestehenden Besatzung befanden sich 4 Mann einer Moorburger Abwehrkraft an Bord...

Kiel. Beschränkung des Kleinhandelsverkaufs. Der Oberpräsident hat eine Verordnung für Schleswig-Holstein erlassen, daß Verkäufe an Ausländer, die nicht in der Provinz Schleswig-Holstein ihren dauernden Wohnsitz haben, im Kleinhandel und die Vermittlung solcher Verkäufe...

Schönberg i. Meckl. Finanzamt und Landarbeiterverband. Recht eigenartige Maximen scheint ein Beamter des Finanzamts zu verfolgen. Kürzlich erhielt ein junger Landarbeiter aus Lühdorf die Aufforderung, sich in Schönberg zur Erklärung seines Einkommens einzufinden...

Aus der Partei.

Berufung eines Parteiredakteurs zum Professor. Genosse Eberh. Schmidt in Jena, der feuilletonredakteur der Jenaer sozialdemokratischen Zeitung 'Das Volk', hat eine Dozentur an der technischen Hochschule in Karlsruhe erhalten...

Aus aller Welt.

Ein Kahn mit 8200 Zentnern Zucker gesunken. Ein mit 8200 Zentner Zucker aus der Zuckerfabrik Antlam nach Stettin bestimmter Kahn sank auf dem Pommerischen Hoff. Der Schiffbesitzer und sein Bootsmann konnten sich im Boot retten...

Feuer in einer Munitionsfabrik. In Breslau brach in der Munitionsfabrik Feuer aus. Das Granatlager geriet in Brand und explodierte. Der Schaden ist groß.

Dampferzusammenstoß auf dem Wannsee bei Berlin. Ein schweres Dampferunglück hat sich auf dem Wannsee ereignet. Der Dampfer 'Kaiser Wilhelm der Große' fuhr seitlich in den kleineren Dampfer 'Storöf' und riß den Schiffsrumpf vollkommen auf. Der Dampfer 'Storöf' sank in wenigen Minuten...

Giftmordprozess. In Paris begann vor dem Schwurgericht (laut Verl. Tabl.) die Verhandlung in dem Giftmordprozess Girard, der ein Verbrecher seltener Art ist. Henri Girard, der aus einer sehr achtbaren Familie stammt, aber schon frühzeitig auf Abwege geriet, hat 'gute Freunde', die er entweder zur Aufnahme in eine Lebensversicherung überredete oder ohne ihr Wissen mit Hilfe gefälschter Schriftstücke selbst versichert hatte...



Werbet Mitglieder für den

# Konsumverein

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Jede Verkaufsstelle nimmt Anmeldungen  
★ ★ entgegen. ★ ★

7766 a

**Sozialdem. Verein.**

Am 30. Oktober  
starb unser Genosse  
**Fr. Wienholz**  
Straßenbahner.  
Ehre seinem An-  
denken!  
Beerdigung Mitt-  
woch, den 2. Nov.,  
nachm. 2 1/2 Uhr. auf  
dem Vorwerker  
Friedhof. (8456)  
Der Vorstand.

**Deutscher  
Transportarbeiter-  
Verband.**

**Nachruf.**  
Am Sonntag, d.  
30. Okt. starb unser  
teurer Kollege, der  
Straßenbahn-  
Schaffner  
**Friedrich Wienholz.**  
Ehre  
seinem Andenken!  
Die Beerdigung  
findet am Mittwoch,  
dem 2. Nov., nach-  
mittags 2 1/2 Uhr auf  
dem Vorw. Fried-  
hof statt. (8473)  
Sammelpunkt der  
Koll. bei 2 1/2 Uhr.  
Im Uhrwerk.

Ordentl. Mädchen für  
nachmittags od. vormit-  
tags in kleinem Haushalt.  
8484 Klugeberg 6, III.

Jg. Mann l. ab. Besch.  
8480 Ang. u. J. M. e. G.

**Motoren-  
schlosser**

Gesucht (8491)  
**Lehne & Co.,**  
Falkenstr. 2.

Gesucht zu sofort (8451)  
**2 Regelanfänger.**  
**Fr. Rieckhoff,**  
Genienstraße 34.

**Ein weiterer  
Zeitungsverkäufer**

bei hohem Verdienst  
zu sofort gesucht.

**Elbeter Volksbote,**  
Johannisstraße 46.

1 Handharnische z. v.  
8459 Waisenstraße 19, I.

Grube zu verkaufen.  
Federn, Stiefelbinder.  
8458 Mohrstraße 28.

Zu verkauf. e. rundes  
Sofa, 2 Sessel. (8465)  
Burgtor - Parade 26, 5A.

E. f. n. Kostüm zu verk.  
8461) Karlsruherstr. 25a.

Deutl. Schuhe, 40, billig.  
4860) Al. Altstraße 2.

Kleinrainger Hund bill.  
zu verk. (8462)  
Reifenstraße 40a.

Grauer Heisch, zugeh.  
8456) Ludwigsstr. 8.

Reiner, 6 St. alt, zu verk.  
8466) Kornstraße 28.

Bl. Wien. Kaninchen b.  
z. verk. Eitenstr. 8 (8455)

Reine Kartoffelchalen  
zu kauf. gel. 10 Pfd.  
8468) Jung. Kugel-Isle III.

Wer läßt mir 10 bis 15  
Nuten Land a.  
8475) Holst. Wästel 2.

Buppen werden gut  
bill. repariert.  
K. Müller, Wahrenstr. 51  
(8472)

Zaharzi Dr. Kallhan  
zuerstgesehen.

An- und Verkauf.  
Achtungstüde, Fußgänger,  
Wäsche u. Bettzeug.  
**Karl Frosch,**  
8452) Regdienstr. 63.

Wer die Lösung  
will, lese u. verbeide  
die neue Schrift:  
**Die neue Welt**  
Verständnis  
für  
Arbeitervorteile  
Von  
**VIKTOR SCHIFF**  
Preis 2 Mark

Jetzt, nach der

## Vergrößerung und gänzlichen Betriebsumstellung.

bin ich in der Lage, noch **schneller** als bis-  
her Schuhreparaturen und Steppereien liefern zu können.  
Es ist damit allen modernen Anforderungen Genüge ge-  
leistet. Sie können auf jede

**Schuhreparatur und Stepperei**  
ungezwungen im neuerrichteten, modernen, separat ge-  
legenen Raum warten. Für allerbestes prima  
**Kernleder und Rohmaterial**  
u. haltbarste, sauberste Verarbeitung leiste ich volle Garantie.

# „Reform“

Schuhwaren-Reparatur und Stepperei mit elektr. Betrieb.

Inh.: **Robert Jentzen.**

(a8368)

**Nur 50 Huxstraße 50.**

Led- und Bedarfsartikel-Handlung.

Spez.: **Gummi-Absätze u. Sohlen,**  
sämtl. Marken: „Continental“, „Hansa“, „Eiga“, „Kongo“, „Asphalt“ usw.  
Konkurrenzlos billige Preise. Größtes Engros- und Detail-Lager Lübecks.

## Achtung!

Wir geben öffentlich bekannt, daß  
wir  
unsere Preise erhöhen müssen.  
Schuhmacher-Zwangs-Jungung.  
NB. Für unsere Mitglieder Richtsätze  
an bekannten Stellen. (8476)

### Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- u. Barillechte, auch ver-  
altete Leiden, heile ich unter Garantie m. meinem  
vielbewährten Flechtenheil in 8 bis 14 Tagen.  
Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mk.  
**F. Müller, Heilkundiger, Bremen.** (8458)  
Gr. Krummenstr. 23. Sprechst. : 9-10 u. 3-4.

Ein  
neues Buch  
für junge und alte  
Sozialdemokraten

## ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED

von  
**JULIUS BRUHNS**  
herausgegeben  
zum 70. Geburtstage  
Hermann Molkenbuhrs

Selbsterlebte Geschichten  
aus der Sturm- und  
Drangzeit der Partei

PREIS 14,- MARK  
elegant gebunden

Zu beziehen durch die  
**Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.

## Der Neue-Welt-Kalender für 1922

ist erschienen und zum Preise von  
3 Mk. zu haben in der  
**Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.**  
(„Elbeter Volksbote“), Johannisstr.

**NEU! NEU!**  
**Das neue  
Lohnsteuergesetz**

(Einkommensteuer vom Arbeitslohn)  
Dargestellt und erläutert von Wilhelm Kell.  
**Preis Mk. 2.50.**

Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung  
des Lübecker Volksboten.**